

## Medien in China – auf dem Weg in die Freiheit?

**Bürger freiheitlich-demokratischer politischer Systeme sind es gewohnt, die für sie individuell relevanten Nachrichten aus einer Vielfalt von Informationen und einer Vielfalt von Medien auszuwählen. Die Berichterstattung hat den Anspruch, unabhängig, überparteilich und objektiv zu sein. Staatliche Aufsichtsbehörden sollen für die Wahrung der Interessen der Öffentlichkeit sorgen. Dies betrifft vor allem Meinungsvielfalt und Jugendschutz und den Schutz der Möglichkeiten unbeeinflusster Meinungsbildung. In China dagegen bestimmt der Staat, welche Informationen für den Bürger gut sind. Hier wird die Auffassung vertreten, Meinungsbildung sei ein Prozess, der vom Staat gelenkt und beherrscht werden müsse.**

Pressefreiheit und Medienpolitik sind in China nach wie vor sensible Themen. Nach chinesischer Lesart ist es Aufgabe der Medien, die positiven Entwicklungen der Gesellschaft darzustellen. Sie sollen neben der Informationsübermittlung vor allem "der sozialen Ordnung nicht schaden"<sup>1</sup>. Folgerichtig unterliegen die chinesischen Medien starken Restriktionen. Diese meist ungeschriebenen Zensurgesetze machen eine freie, objektive und unabhängige Berichterstattung unmöglich. Im Namen der

sozialen und politischen Stabilität des Landes werden unliebsame Themen sowie Kritik an der Regierung aus Veröffentlichungen ausgeklammert. Erst wenn sich Missstände nicht mehr verheimlichen lassen, oder wenn die Regierung den Eindruck erzeugen möchte, offen für Kritik zu sein, lässt sie Berichterstattung über soziale Unruhen, Korruption oder Chemieunfälle zu. Phasen von Toleranz und Offenheit wechseln sich mit Phasen stärkerer Einschränkung ab.

### Wie Zensur funktioniert

Zuständig hierfür ist das Propagandaamt des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, das seit kurzem Öffentlichkeitsamt heißt. Für offizielle Verlautbarungen, wie zum Beispiel die in unregelmäßigen Abständen zu verschiedenen politischen Themen herausgegebenen "Weißbücher", zeichnet das Informationsamt des Staatsrats verantwortlich. Worüber in den chinesischen Medien in welcher Form berichtet werden darf, wird von diesen beiden Institutionen bestimmt.

Die zentrale Nachrichtenagentur *Xinhua* ist das ausführende Organ. Sie verarbeitet die offiziellen Vorgaben zu Nachrichten. Ihre Macht ist groß, ihr Präsident steht im Rang eines Ministers. *Xinhua* sei "Augen, Ohren und Stimme Chinas"<sup>2</sup>, lässt die offizielle

<sup>1</sup> "China bremst Liberalisierung", Mure Dickie in Financial Times Deutschland, 15.03.2006 (<http://www.ftd.de/politik/international/56732.html> am 04.04.2006)

<sup>2</sup> "Xinhua – The world's biggest propaganda agency", Gautier Battistella, Reporters with-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
INKEN DENKER

April 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Definition wissen. *Xinhua* ist außerdem die einzige Institution, die Staats- und Parteichef Hu Jintao portraituren darf. Nichts, was in China gesagt, gehört oder gesehen wird, ist nicht vorher von *Xinhua* gebilligt worden. Das ist auch im Zeitalter von Internet und Mobiltelefon so.

Regeln für die Zensur existieren allenfalls in sehr allgemein gehaltenen Formulierungen zur Vereinbarkeit des zu Veröffentlichenden mit chinesischem Recht. Klare, eindeutige und allgemeingültige Vorgaben, an denen sich Redakteure und Journalisten orientieren könnten, gibt es nicht. Untersagt ist die Verbreitung von "Informationen, die chinesische Gesetze brechen".<sup>3</sup> Die gemeinten Gesetze beziehen sich vor allem auf den Verrat von Staatsgeheimnissen und stabilitätsgefährdende Informationen. Seit September 2005 gibt es zudem eine neue Gesetzgebung für Internet-Nachrichten, die Aufrufe zu illegalen Demonstrationen oder Versammlungen verbietet, sowie Nachrichten, die von illegalen Organisationen stammen. Diese gemeinhin als "Gummiparagrafen" bezeichneten Gesetze sind weit interpretierbar und dienen dazu, unliebsame Inhalte aus Veröffentlichungen aller Art herauszuhalten. So ist das chinesische Medienwesen von Unsicherheit und Willkür geprägt.

In der *Xinhua*-Nachrichtenagentur werden zwei Arten von Nachrichten produziert: die einen, die zur Veröffentlichung für das gemeine Volk bestimmt sind, und andere, die der Information der Regierungsbeamten dienen. Berichte über soziale Unruhen, Aufstände unter Bauern oder Korruptionsfälle in den Provinzen verschwinden meist als interne Dokumente in den Schubladen der Parteikader. Bis vor kurzem zählten auch Naturkatastrophen zu den Staatsge-

heimnissen. Berichte darüber waren daher nicht für die Bevölkerung bestimmt.

Die Grauzone zwischen dem, was geschrieben werden darf und dem, was geschrieben werden soll, ist groß. Mit jeder neuen Ausgabe und jedem veröffentlichten Artikel muss ausgelotet werden, wie weit Kritik oder auch nur freie Themenwahl gehen dürfen. Kritische Journalisten laufen täglich Gefahr, einen Schritt zu weit gegangen zu sein. Manche riskieren ihren Arbeitsplatz oder im Extremfall die Verhaftung. In jüngster Zeit kursieren immer wieder Berichte über Versuche, Journalisten durch Anwendung von Gewalt einzuschüchtern. Viele Medien betreiben aus Angst vor Schließung oder Entlassung von Redakteuren daher starke Selbstzensur.

Englischsprachige Medien in China genießen etwas mehr Freiheiten. Zwar sind auch in diesen die Inhalte weitgehend festgelegt, teilweise sind sie jedoch in Themenauswahl wie Berichterstattung deutlich liberaler und toleranter als ihre chinesischsprachigen Gegenstücke. Nicht zuletzt hofft man auf chinesischer Seite, dadurch im Ausland den Eindruck zu erzeugen, im China des 21. Jahrhunderts könnten inzwischen auch bisher ungeliebte Themen relativ offen diskutiert werden.

### **"Das Volk gewöhnt sich an, seine Stimme zu erheben"**

Den Unwägbarkeiten zum Trotz werden die Stimmen, die in China Meinungs- und Pressefreiheit fordern, zahlreicher und lauter. Ungeachtet der schwierigen Bedingungen, unter denen Journalisten in China arbeiten, erkämpfen sie sich zunehmend Freiräume für kritische Berichterstattung und freie Themengestaltung.

Furore machte jüngst der mutige Protest gegen die Schließung des Magazins "Gefrierpunkt" (*Bingdian*), das seit 1995 wöchentlich als Beilage zur Zeitung "China Youth Daily" (*Qingnian Ribao*) erscheint.

---

out borders, S.2 ([www.rsf.org](http://www.rsf.org))  
<sup>3</sup> 'Regulating Internet is global practice', Zhao Huanxin, China Daily 15.02.2006  
([http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2006-02/15/content\\_520193.htm](http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2006-02/15/content_520193.htm) am 03.04.2006)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
INKEN DENKER

April 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wiederholt waren die Redakteure mit Reportagen über korrupte Regierungsbeamte, Bauernaufstände oder soziale Probleme an die Grenzen des Erlaubten gegangen. Wahrscheinlich trug nicht zuletzt die system- und sozialkritische Berichterstattung zur Popularität des Magazins bei.

Im Januar druckte die Zeitung den Aufsatz eines Wissenschaftlers ab, der sich kritisch mit der chinesischen Geschichtsaufarbeitung auseinandersetzte. Zu kritisch für die Zensurbehörde: der Gründer und Chefredakteur, Li Datong, sowie sein Vertreter wurden entlassen und das Erscheinen des Magazins eingestellt. Der Chefredakteur, selbst Mitglied der Kommunistischen Partei, widersetzte sich der Schließung: "Eine Zeitung grundlos zu schließen ist heute nicht mehr akzeptabel", sagte er<sup>4</sup>. Sein ins Internet gestellter offener Beschwerdebrief wurde nach nur 20 Minuten entfernt. Zu diesem Zeitpunkt war er jedoch bereits tausendfach in China verbreitet worden und hatte eine Solidaritätsbewegung auf den Plan gerufen. Die Regierung versuchte zunächst, die Schließung des Magazins und die Entlassung der beiden Hauptredakteure als "Re-Organisation der Zeitung"<sup>5</sup> herunterzuspielen. Anfang Februar reichte Chefredakteur Li bei der Disziplinarkommission der Partei Klage ein. Unterstützung erhielt er schließlich von meist ehemaligen Kollegen. In einem nicht nur von westlichen Medien als "historisches Ereignis im Kampf um freie Meinungsäußerung in China"<sup>6</sup> bezeichneten Brief wandten sich Anfang Februar dreizehn ehemalige Parteikader, Wissenschaftler und Journalisten gegen die Schließung des Magazins und die Absetzung seiner Chefredakteure.

Nach über einem Monat konnte das Heft im

März unter Auflagen wieder zusammen mit der "Jugendzeitung" erscheinen. Die ehemaligen Chefredakteure sind jedoch nicht mehr daran beteiligt. Sie wurden durch linientreue Parteijournalisten ersetzt.

### Die gesellschaftliche Aufgabe des staatlichen Rundfunks

Ein ähnliches Schicksal ereilte einige Wochen später den Gastgeber einer Talkshow auf einem regionalen Fernsehsender. In bis dahin ungesehener Offenheit hatte Larry Lang auf einem Regionalsender Korruption und andere Unregelmäßigkeiten bei der Privatisierung von Staatsbetrieben beim Namen genannt. Mit der etwas fadenscheinigen Begründung, er habe kein Moderations-Zertifikat, wurde die Fernsehsendung "Larry Lang Live" im März aus dem Programm des Fernsehsenders genommen und ihr Talkmaster entlassen. Westliche Medien werteten dies als jüngste Maßnahme der chinesischen Regierung, Kritik an ihrer Politik und freien Zugang zu Information einzuschränken.<sup>7</sup>

Rundfunk und Fernsehen sind als Massenmedien die bislang noch am stärksten staatlich gelenkten. Es gibt zwar eine Unzahl regionaler und überregionaler Fernseh- und Radiosender, alle unterstehen jedoch dem Propagandaministerium sowie der offiziellen Behörde für Radio, Film und Fernsehen, SARFT. Beim zentralen Fernsehsender CCTV laufen jeden Morgen Informationen über das Computersystem, welche Neuigkeiten als Nachrichten gebracht werden dürfen und welche nicht. Diese Auswahl wird von den Behörden an die Nachrichtensender versandt und von diesen in ihr Computernetz eingespeist, so

<sup>4</sup> "Roter Held der Pressefreiheit", Georg Blume in Die Zeit, Nr.8/2006, 16.02.2006

<sup>5</sup> "China Youth Daily weekly editor is removed from post", Jason Dean in Wall Street Journal, 17.02.2006

<sup>6</sup> "China Youth Daily weekly editor is removed from post", Jason Dean in Wall Street Journal, 17.02.2006

<sup>7</sup> "Die Partei greift durch", Der Spiegel Nr.12/2006 vom 20.03.2006, S.125 und "Larry Lang Live canned", Don Lee in The Standard, 17.03.2006 ([http://www.thestandard.com.hk/news\\_detail.asp?we\\_cat=9&art\\_id=14331&sid=7090888&con\\_type=1&d\\_str=20060317](http://www.thestandard.com.hk/news_detail.asp?we_cat=9&art_id=14331&sid=7090888&con_type=1&d_str=20060317))

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
INKEN DENKER

April 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

dass jeder Mitarbeiter weiß, was die erwünschten Nachrichten des Tages sind und worüber lieber nicht berichtet werden sollte. Selbst aus dieser Behörde mehren sich die Stimmen, die eine Trennung der Kontrolle über Verwaltung und Programmgestaltung bei den Sendern für wünschenswert halten.

Rundfunk und Fernsehen haben neben dem staatlichen noch mit einem zweiten Faktor zu kämpfen, der Druck auf ihre Programmgestaltung ausübt: dem wirtschaftlichen. Im Zuge der Modernisierungspolitik wurde der chinesische Medienmarkt teilprivatisiert. Allerdings hat der Staat lediglich die Finanzierung abgegeben, nicht jedoch die Inhaltskontrolle. Das große Problem für alle chinesischen Medien ist daher, dass sie staatlich organisiert sind, aber marktwirtschaftlich funktionieren müssen. Die Folge ist, dass sich heute in allen Medien massive Werbeblöcke und Anzeigen finden und zunehmend massenattraktive Programme produziert werden. Inhalte, die nicht kommerziell verwertbar sind, werden nicht platziert. Für die Allgemeinheit wichtige, aber nicht gewinnträchtige Themen wie Umweltschutz, Gesundheit, Versorgung der Alten oder Bildungssendungen werden vielfach nicht ins Programm aufgenommen, selbst wenn die Sendezeit komplett gegenfinanziert ist. Eine Radio- oder Fernsehsendung soll Gewinn abwerfen.

Wo in anderen Medien zu viel Staat ist, wünschen sich viele Medienschaffende bei Rundfunk und Fernsehen daher etwas mehr Staat. Öffentlicher Rundfunk müsse "eine gesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen", so Prof. Cao von der Communications University in Peking auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung.<sup>8</sup> Experten plädieren dafür, Sendungen von Allgemeininteresse staatlich zu fördern und gemeinnützige

---

<sup>8</sup> "Medien im Wandel – Die neue Rolle elektronischer Medien in China und Deutschland", Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle und China National Radio am 27. und 28. März 2006 in Peking.

Programme von der Werbefinanzierung abzukoppeln. Ähnlich wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland spielt der staatliche Rundfunk in China bei der schnellen Informationsübermittlung und der Meinungsbildung eine große Rolle.

### **Digitalisierung – Ein Stückchen Unkontrollierbarkeit**

Die Allgegenwärtigkeit des Internet, die räumliche und zeitliche Verfügbarkeit des Mobilfunks, digitale Medien in jeglicher Form – das sind in China heutzutage alltägliche Tatsachen. Gemessen am Zeitraum des chinesischen Modernisierungsprozesses ist es beeindruckend, auf welchem Stand der Technik zumindest Teile des Landes angekommen sind. Auch wenn die Digitalisierung Chinas bisher nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Bevölkerung betrifft, hat sie doch enorme Ausmaße angenommen: 110 Mio. Internetnutzer und 400 Mio. Mobilfunkteilnehmer in einem Land, in dem in entlegenen Gebieten nach wie vor keine regelmäßige Stromversorgung besteht, sind erstaunliche Zahlen.

### **Millionen von Textnachrichten abfangen**

Anders als das Internet, das vor allem von jungen, meist gebildeten Leuten in den Städten genutzt wird, ist der Mobilfunk ein auch in unteren Bevölkerungsschichten weit verbreitetes Kommunikationsmedium. Besonders unter den Wanderarbeitern in den Städten ist das Mobiltelefon oft die einzige Möglichkeit, mit der Familie auf dem Land Kontakt zu halten. Um Gesprächsgebühren zu sparen, werden millionenfach Textnachrichten verschickt.

In dieser Form ist das Mobiltelefon außerdem zu einer wichtigen Jobbörse geworden und hat eine Art Gewerkschaftsfunktion übernommen. Per SMS werden Arbeitsmöglichkeiten verbreitet, vor Unterneh-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
INKEN DENKER

April 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

mern, die ihre Arbeiter schlecht behandeln, gewarnt oder Löhne verglichen. Die Arbeitgeber sind keine Freunde dieser Entwicklung, denn sie verschlechtert ihre Verhandlungsposition und mindert ihre Gewinnmargen.

Aber nicht nur habgierige Unternehmer stehen dieser Art der Kommunikation kritisch gegenüber. Auch die Regierung in Peking fürchtet die massenweise Verbreitung von Informationen per Textnachricht. Die Lungenkrankheit SARS, deren Verbreitung im Jahr 2003 von der Regierung zunächst geheim gehalten wurde, gelangte schließlich über Textnachrichten an die Öffentlichkeit. Ebenfalls per SMS verbreiteten sich im Frühsommer 2005 in Windeseile Nachrichten über Protestmärsche gegen Japan. Diese von der Regierung anfangs durchaus unterstützten Demonstrationen vor allem junger Studenten in Peking hatten sich schnell auf Städte im ganzen Land ausgeweitet und drohten außer Kontrolle zu geraten. Neben dem Verbot der Kundgebungen selbst wurde daher schließlich auch die Verbreitung von Informationen über stattfindende Aktionen per E-Mail oder SMS untersagt.

Die Regierung versucht nun, das Versenden von Textnachrichten zu kontrollieren. Mit der Begründung, Spam-Nachrichten zu verhindern, soll die Überwachung des SMS-Verkehrs ermöglicht werden. Die Aussicht auf adäquate technische Mittel, die es erlauben, Milliarden von Textnachrichten abzufangen, zu überprüfen und möglichst ohne Zeitverlust weiterzuleiten, ist jedoch wohl sehr gering.

#### Freiraum Internet?

Ob die Weiten des World Wide Web der Zensur weitere Möglichkeiten der Kontrolle eröffnen, oder aber eine Chance sind, diese zu umgehen, ist für China noch nicht entschieden.

Das Internet bietet zwei Aspekte: zum ei-

nen könnte es wie überall in der Welt eine schier unerschöpfliche Quelle der Informationsgewinnung sein – wenn da nicht die Zensur wäre. 30.000 Personen sollen zur Überwachung des chinesischen Internet abgestellt sein, so die Schätzung.<sup>9</sup>

Erst unlängst hat Peking seine Zensurpolitik verteidigt. Das Vorgehen entspreche internationalen Standards. Es würden nur "sehr wenige" ausländische Internetseiten blockiert, so der stellvertretende Leiter des Internetbüros beim Staatsrat, Liu Zhengrong im Februar 2006.<sup>10</sup> Deren Inhalte hätten meist mit Pornografie oder Terrorismus zu tun, oder sie verbreiteten Informationen, die chinesische Gesetze brechen.

Die Praxis sieht allerdings anders aus. Von der Blockade betroffen sind vor allem die Webseiten kritischer Medien, wie die der britischen BBC, oder zahlreicher Organisationen, deren Internet-Domains auf .org enden – und das sind vor allem die in China skeptisch beäugten internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), wie Amnesty International, oder auch das Internetlexikon Wikipedia. Ihre Webseiten können in China nicht abgerufen werden. Zensierte Websites sind meist an Zeitüberschreitungen zu erkennen. Mit einem technisch relativ einfachen Trick lässt die chinesische Regierung Internetseiten mit unerwünschten Inhalten blockieren: Auf dem Bildschirm erscheint eine Fehlermeldung des Internetbrowsers.

Diese Art der Zensur kann auch vorübergehender Art sein. Beispielsweise lassen sich jedes Jahr in der Zeit um den 4. Juni, dem Tag des Massakers auf dem Tiananmenplatz 1989, bestimmte Seiten nicht abrufen, die einige Zeit später wieder verfü-

<sup>9</sup> "Kamms Listen", Andreas Lorenz in Der Spiegel Nr. 6/2006, 06.03.2006, S.124

<sup>10</sup> 'Regulating Internet is global practice', Zhao Huanxin, China Daily 15.02.2006 ([http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2006-02/15/content\\_520193.htm](http://www.chinadaily.com.cn/english/doc/2006-02/15/content_520193.htm) am 03.04.2006)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
INKEN DENKER

April 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

bar sind. So wird der Eindruck der totalen Zensur vermieden, gleichzeitig jedoch verhindert, dass zu einem Zeitpunkt, wo das Interesse an einem bestimmten Thema groß zu werden voraussehbar ist, unerwünschte Informationen unter das Volk gelangen. Für kritische oder auch nur objektive Recherche ist das Internet in China daher nur beschränkt geeignet.

Hierzu trägt sicher auch die Bereitschaft der Internetfirmen bei, sich den chinesischen Zensurregeln zu unterwerfen. Scharfe Kritik erhielt kürzlich die Suchmaschinen-Firma Google für den Einbau entsprechender Zensur-Filter in die Darstellung ihrer chinesischen Ergebnisseite. Seit Anfang 2006 unterhält Google eine eigene chinesische Suchmaschine. Seither können in chinesischer Sprache Seiten und Informationen im Internet gesucht werden – allerdings nur die der chinesischen Regierung genehmen. Der Unterschied zur Recherche auf Google in westlichen Sprachen ist, dass bei letzteren wenigstens sichtbar wird, welche Seiten und Informationen es im Internet geben könnte und lediglich die Seiten selbst nicht zu öffnen sind. Die chinesische Version von Google filtert dagegen bereits die Ergebnisliste.

### **Blogger als Pioniere der Meinungsfreiheit**

In China erhält das Internet neuerdings noch eine weitaus wichtigere Funktion: Es bietet ein Forum zum Meinungsaustausch und zur Vernetzung in relativ anonymer und leicht zugänglicher Form. Dies ist besonders für gesellschaftliche Randgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen in China ein wichtiger Aspekt geworden. In der virtuellen Welt des Internet existieren zahlreiche Chatrooms, Mailinglisten oder Weblogs, die lebhaft zur Diskussion und zur gegenseitigen Unterstützung genutzt werden. Vor allem diese sind es, die den chinesischen Machthabern Sorge bereiten.

Weblogs und Chatrooms entstehen mit ungeheurer Geschwindigkeit und in zahlreichen Erscheinungsformen; ebenso schnell sind sie wieder verschwunden, um schließlich an einem neuen Ort unter neuer Adresse wieder aufzutauchen. Damit sind sie schwer kontrollierbar. Anders als in westlichen Ländern äußern sich in chinesischen Blogs nicht hauptsächlich Laien, sondern professionelle Journalisten zu Themen aller Art. Was in den offiziellen Medien nicht veröffentlicht wird, schreiben sie in ihre Blogs. Nach den Worten des China-Korrespondenten des ZDF in Peking, Joachim Holtz, ist diese Art des Internettagebuchs der Idee des Volksjournalismus sehr nahe: "Sie berichten von überall her und überall hin, sie mischen sich ein. Sie sind direkt und ungefiltert. Die Blogger nehmen sich Freiheiten, sie provozieren, sind respektlos und ungehemmt."<sup>11</sup> Nach Schätzungen gibt es etwa 10 Millionen Blogs in China, Tendenz steigend.

Die chinesische Regierung versucht auch diesem Trend etwas entgegen zu setzen. Das im September 2005 erlassene Internetgesetz schreibt vor, dass sich alle Betreiber von Blogs, Mailinglisten oder Internet-SMS-Diensten als Medienorganisationen registrieren lassen müssen. Auch für die großen staatlichen Nachrichtenportale wie *sohu.com.cn* oder *sina.com* bedeutet das eine Einschränkung – sie dürfen nun keine selbst verfassten Kommentare zu den offiziellen Nachrichten mehr auf ihren Webseiten veröffentlichen.

Ob die Maßnahmen der Regierung, mit Hilfe der neuen Technologien verstärkt Informationen zu filtern, Propaganda zu lancieren und so die Meinungsbildung zu beeinflussen, allerdings reichen werden, um den Trend zu mehr Freiräumen zu stoppen,

---

<sup>11</sup> auf der Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung "Medien im Wandel – Die neue Rolle elektronischer Medien in China und Deutschland" am 27. und 28. März 2006 in Peking



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
INKEN DENKER

April 2006

[www.kas.de](http://www.kas.de)

wird selbst von einer Mitarbeiterin eines staatlichen Nachrichtenportals bezweifelt. "Das Volk will eine Stimme. Es gewöhnt sich gerade an, sie im Internet zu erheben", wird sie in einer deutschen Zeitung zitiert.<sup>12</sup> Regulierungen können "unterlaufen, überwunden oder ausgetrickst werden", vermutet auch der deutsche Journalist. – Das Internet bleibt der Hoffnungsträger für Meinungs- und Pressefreiheit.

### Pressefreiheit zu Olympia?

Mit einem schlichten Ja oder Nein ist die Frage nach der chinesischen Zensur heute nicht mehr zu beantworten. Je nach Thema, Region, Zielgruppe oder Reichweite des Mediums gelten unterschiedliche Maßstäbe: Printmedien und Internet genießen zumindest phasenweise und bei Behandlung von 'ungefährlichen' Themen relative Freiheit; Fernseh- und Radioprogramme als Medien, die von nahezu der gesamten Bevölkerung konsumiert werden, sind dagegen strenger kontrolliert. Zentrale, nationale Medien sind stärker zensiert als lokale oder regionale; politische Themen sind naturgemäß sensibler als gesellschaftliche oder wirtschaftliche. Auf eine Phase der leichten Entspannung folgt mit Sicherheit eine Phase der Restriktion.

Von Pressefreiheit ist China nach wie vor meilenweit entfernt. Zensur ist alltäglich und in allen Medien vorhanden, daran wird sich wohl vorerst nichts ändern. Auch zum Sportereignis Olympia, zu dem allein aus Deutschland vier- bis fünftausend Journalisten erwartet werden, werden sich die Medien den rigiden chinesischen Vorschriften unterwerfen müssen.

In den letzten Jahren sind jedoch Freiräume erkämpft worden, die die Regierung nicht zurückerobern können. Im Internet ist parallel zu den offiziellen Medien

---

<sup>12</sup> "Staat gegen Blogger", Georg Blume in Die Zeit Nr.41/2005, 06.10.2005

eine virtuelle Welt der relativ freien Meinungsäußerung entstanden. Die zahlreichen Diskussionsforen, Weblogs und Chatrooms werden intensiv genutzt; zensierte Dokumente zirkulieren via E-Mail. Ob oder wann diese Nischen der Pressefreiheit jedoch genug Druck auf die Nachrichtenmonopolisten in Peking entwickeln können, bleibt abzuwarten. Der entlassene *Bingdian*-Chefredakteur Li Datong sieht keinen Grund zu Optimismus: "Ein diktatorisches Regime lässt sich nicht durch die Meinung des Volkes verändern", sagt er.<sup>13</sup>

Aber die Befürworter freier Berichterstattung und uneingeschränkter Informationszugangs, selbst aus offiziellen Regierungsbehörden, wenden sich immer offener gegen die Zensur. Mit steigendem Bildungsstand vor allem in den Städten wächst zudem auch in der Gesellschaft die Skepsis gegenüber offiziellen Verlautbarungen. Die Bereitschaft, Propaganda und Missinformation klaglos hinzunehmen, schwindet, wie der öffentliche Protest der dreizehn Gelehrten im Zusammenhang mit der Schließung der Zeitung *Bingdian* belegt. Selbst die offizielle englischsprachige Zeitung *China Daily* stellt fest: "Die Menschen erwarten heute, dass ihnen zugehört wird".<sup>14</sup> Westliche Medien ließen sich sogar dazu hinreißen, die "Revolte der Intellektuellen" auszurufen<sup>15</sup>. Einmal mehr wurde die Theorie herangezogen, wonach die neu entstehende Mittelschicht Druck auf die Regierung ausüben werde, mehr individuelle Freiheiten und auf lange Sicht politische Reformen und vielleicht sogar Demokratie einzuführen.

Bis dahin wird jedoch wohl noch ein weiter Weg zu gehen sein. Pünktlich zur jährlichen Tagung des Nationalen Volkskongresses

---

<sup>13</sup> "Roter Held der Pressefreiheit", Georg Blume in Die Zeit, Nr.8/2006, 16.02.2006

<sup>14</sup> "Government learning to listen to growing public voice", Huang Qing in China Daily, 31.03.2006

<sup>15</sup> "Cracks in the Great Wall", Wall Street Journal, 17.-19.02.2006, S.10

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

wurden die Zügel wieder fester angezogen und vorsorglich einige kritische Journalisten unter Veröffentlichungsverbot gestellt.

**LÄNDERPROGRAMM  
VOLKSREPUBLIK CHINA  
INKEN DENKER**

**April 2006**

[www.kas.de](http://www.kas.de)